

10.02.2026

Niederschrift 001/2026

Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr

am 27.01.2026 | Kreishaus Unna | Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna | C.002-C.003

Beginn 17:00 Uhr

Ende 17:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Herbert Krusel

Kreistagsmitglieder SPD

Herr Wilhelm Null

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Frau Lea Teutenberg

Herr Uwe Zühlke

Sachkundiger Bürger SPD

Herr Gisbert Herrmann

Kreistagsmitglieder CDU

Herr Klaus Herbert Bernemann

Frau Susanne Melchert

Herr Dietmar Wünnemann

Kreistagsmitglieder AfD

Herr Simon Knaack

Herr Justin Michael Tamme

Kreistagsmitglied BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Michael Rotthowe

Sachkundiger Bürger BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Volker Hendrix

Kreistagsmitglied DIE LINKE

Frau Katja Wohlgemuth

Sachkundiger Bürger FFV

Herr Axel Degen

Vertretung für Herrn Kay Hirschhäuser

Verwaltung

Herr Nils-Holger Gutzeit, Dezernent | Dez. V

Herr René Wauro, Kreisbrandmeister und Leitung FB 38 | Bevölkerungsschutz

Herr Christoph Funke, Leitung FB 36 | Straßenverkehr
Frau Sengül Ersan, Leitung FB 35 | Zuwanderung und Integration
Frau Sandra Schulte-Waßen, Leitung FB 33 | Zentrale Ausländerbehörde
Frau Saziye Altundal-Köse, SGL 35.2 | Kommunales Integrationszentrum
Frau Sabrina Albert, Schriftführerin | Büro des Landrats

Abwesend:

Sachkundiger Bürger FFV

Herr Kay Hirschhäuser

Herr Krusel begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 15.01.2026 versandt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugeworfen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Herr Krusel beantragt, den Tagesordnungspunkt 3 - Bau eines Gefahrenabwehrzentrums in Unna im Rahmen eines ÖPP-Modells sowie die Durchführung einer Ausschreibung für Beratungsleistungen für das Vergabeverfahren, im Einvernehmen mit der Verwaltung von der Tagesordnung abzusetzen. Er bittet Herrn Gutzeit, die Hintergründe dieses Antrags zu erläutern.

Herr Gutzeit führt aus, dass sich kurzfristig ergeben habe, dass möglicherweise ein alternatives Grundstück für das geplante Gefahrenabwehrzentrum zur Verfügung stehen könnte. Da hierzu bislang weder Verhandlungen noch Gespräche mit dem aktuellen Grundstückseigentümer stattgefunden hätten, halte die Verwaltung es für sinnvoll, den Tagesordnungspunkt vorerst abzusetzen, um zunächst weitere Optionen zu prüfen und zu bewerten. Dies sei notwendig, um eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu schaffen.

Herr Krusel ergänzt, dass das Thema aufgrund der Dringlichkeit und der sicherheitsrelevanten Bedeutung mit besonderem Nachdruck behandelt werde. Er betont, dass die Möglichkeit eines besser geeigneten Grundstücks eine Verzögerung rechtfertige, da dies langfristig zu einer höheren Sicherheit und Flexibilität führen könne. Er habe die Angelegenheit ausführlich mit Herrn Gutzeit besprochen und halte es für sachgerecht, auf die neuen Entwicklungen zu reagieren.

Da keine Wortmeldungen aus dem Ausschuss erfolgen, lässt Herr Krusel über den Antrag abstimmen. Der Antrag, den Tagesordnungspunkt 3 von der Tagesordnung abzusetzen, wird einstimmig angenommen. Die übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1		Bestellung der Schriftführung und der stellv. Schriftführung
Punkt 2		Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
Punkt 3		Rettungsdienstgebühren; BE: Dezernent Holger Gutzeit
Punkt 4	192/25	Empfehlung zum Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung im Zusammenhang mit dem Projekt "Großraum-/Schwertransport"
Punkt 5	049/25/1	Einführung eines Umlageverfahrens für die Leitstellenkosten und die Trägerkosten Rettungsdienst; Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Punkt 6	196/25	Demokratiepreis Kreis Unna 2026
Punkt 7		Bundesprogramm Demokratie leben! - Partnerschaft für Demokratie Kreis Unna; BE: Dezernent Holger Gutzeit
Punkt 8	001/26	Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Deutschen Roten Kreuz, Soziale Dienste Schwerte gGmbH, zur Übertragung der Durchführung des Rettungsdienstes im Kreis Unna
Punkt 9	002/26	Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Stadt Unna über Rettungsdienstleistungen
Punkt 10		Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 11	Organisation des Rettungsdienstes; BE: Dezernent Holger Gutzeit
Punkt 12	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung der Schriftführung und der stellv. Schriftführung

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Sabrina Albert als Schriftführerin für den Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr bestellt.

Als stellvertretende Schriftführungen werden Frau Sonja Risy und Frau Tara Janello bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Krusel weist darauf hin, dass das Fragerecht ausschließlich Personen zustehe, die im Kreis Unna wohnhaft seien und bittet darum, dass sich Fragestellende mit Namen und Wohnort vorstellen.

Nicole Grünewald, Geschäftsführerin des Reinoldus Rettungsdienstes, meldet sich zu Wort und gibt an, aus Lünen zu kommen. Sie führt aus, dass sie und ihre Kolleginnen und Kollegen zahlreich erschienen seien, um eine Frage zu einem unter Tagesordnungspunkt 9 geplanten Vertragsabschluss mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) zu stellen. Sie äußert die Besorgnis, dass das DRK den zweieinhalbfachen Preis im Vergleich zu dem von ihrem Unternehmen geforderten Betrag erhalte und dass dies dazu führe, dass ihr Unternehmen „ausgebootet“ werde.

Herr Gutzeit entgegnet, dass die Formulierung „ausgebootet“ nicht zutreffend sei. Er betont, dass es problematisch sei, geschäftliche Beziehungen zwischen dem Kreis Unna und Vertragspartnern in einer öffentlichen Sitzung zu thematisieren. Zudem hebt er hervor, dass Frau Grünewald selbst an einigen der Gesprächen beteiligt gewesen sei. Er zeigt sich verwundert über die gestellte Frage und beendet seinen Beitrag mit einem Dank.

Herr Krusel äußert Verständnis für die Besorgnis der Anwesenden und hebt hervor, dass es um Arbeitsplätze und Existenzen gehe. Er betont jedoch, dass Vertragsangelegenheiten grundsätzlich nicht öffentlich behandelt würden. Er erklärt, dass unter Tagesordnungspunkt 9 ein Beschluss gefasst werden müsse, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung sicherzustellen. Herr Krusel bittet um Verständnis, dass keine weiteren Details zu Vertragsverhandlungen offengelegt werden könnten.

Punkt 3 Rettungsdienstgebühren; BE: Dezernent Holger Gutzeit

Herr Gutzeit erläutert, dass seit einigen Wochen Diskussionen über die Gebührenpflicht für Rettungsdiensteinsätze geführt werden. Er führt aus, dass die betroffenen Kommunen vor der Herausforderung stehen, die Gebührenpflichtigen über Rechnungsstellungen zu belasten. In Gesprächen mit den Krankenkassen habe es keine Bereitschaft zur Kooperation gegeben, obwohl intensive Verhandlungen geführt worden seien. Zwischenzeitlich sei ein Experte kontaktiert worden, der als Vermittler zwischen den Trägern der Rettungsdienste und den Krankenkassen agieren solle. Ziel sei es, eine Einigung mit den Krankenkassen zu erzielen, um die Gebührenregelung für die Jahre 2025 und 2026 zu klären. Bislang sei jedoch keine abschließende Lösung erreicht worden.

Punkt 4 192/25 Empfehlung zum Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung im Zusammenhang mit dem Projekt "Großraum-/Schwertransport"

Erörterung

Herr Gutzeit erläutert, dass der Kreis Unna als Genehmigungsbehörde für Großraum- und Schwertransporte fungiere. Im Rahmen der Genehmigungsverfahren müssten regelmäßig Stellungnahmen von Kommunen eingeholt werden. Es habe sich gezeigt, dass viele Transporte immer wieder dieselben Straßen und Brücken nutzen. Daher sei ein sogenanntes „Positivnetz“ entwickelt worden, das bestimmte Strecken vorab festlege, um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Dieses Konzept sei bereits in einer früheren Sitzung vorgestellt worden und habe auch das Interesse des Verkehrsministeriums in Düsseldorf geweckt. Ziel sei es, durch öffentlich-rechtliche Vereinbarungen mit den Kommunen eine effiziente und einheitliche Abwicklung der Verfahren zu gewährleisten.

Herr Krusel hebt hervor, dass der Kreis Unna mit diesem Ansatz eine Vorreiterrolle einnehme. Er verweist auf überregionale Beschwerden von Unternehmen über lange Bearbeitungszeiten und Fehler in den Verfahren und lobt die Initiative als Schritt zur Professionalisierung.

Frau Wohlgemuth äußert ihre Zustimmung und betont, dass dies ein positives Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit sei. Sie hoffe, dass ähnliche Ansätze auch in anderen Bereichen umgesetzt würden.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Landrat wird beauftragt, die in der Anlage zur Drucksache 192/25 beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 5 049/25/1 Einführung eines Umlageverfahrens für die Leitstellenkosten und die Trägerkosten Rettungsdienst; Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Erörterung

Herr Gutzeit, erläutert, dass die Leitstellenkosten und Trägerkosten für den Rettungsdienst bisher nicht auf alle Rettungsdienstbereiche aufgeteilt worden seien. Mit der vorliegenden Kalkulation und dem vorgeschlagenen Umlageverfahren solle künftig eine sachgerechte Verteilung dieser Kosten erfolgen. Er führt aus, dass dieser Vorschlag bereits mit den Krankenkassen abgestimmt worden sei. Zudem habe man in der Vergangenheit bereits Zustimmung und Rückmeldungen zu den entsprechenden Punkten erhalten.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Folgender, am 17.12.2025 von Herrn Landrat Mario Löhr und dem Kreisausschussmitglied Marco Morten Pufke gemäß § 50 Abs. 3 Satz 2 der Kreisordnung NRW (KrO) im Wege äußerster Dringlichkeit gefasster Beschluss wird genehmigt:

Der Kreistag beschließt, die Kosten der Leitstelle und die Trägerkosten des Rettungsdienstes ab dem 01.01.2026 in einem Umlageverfahren mit den betroffenen Kommunen abzurechnen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (2 Enthaltungen der AfD-Fraktion)

Punkt 6 196/25 Demokratiepreis Kreis Unna 2026

Herr Zühlke meldet für die SPD-Fraktion weiteren Beratungsbedarf an und beantragt den Tagesordnungspunkt auf die Sitzungen des Kreisausschuss am 23.03.2026 und des Kreistages am 25.03.2026 zu vertagen.

Herr Knaack äußert sich im Namen der AfD-Fraktion kritisch zu den bisherigen Preisträgern des Demokratiepreises. Er führt aus, dass Demokratie grundsätzlich auf Mehrheitsentscheidungen basiere und verweist darauf, dass die bisherigen Preisträger vor allem Flüchtlingshilfevereine gewesen seien. Er regt an, die Benennung der Demokratiepreise grundsätzlich zu überdenken, formuliert dies jedoch nicht als Antrag, sondern als Statement.

Herr Krusel lässt sodann über den Antrag von Herrn Zühlke abstimmen.

Die Vertagung wird einstimmig bei zwei Enthaltungen der AfD-Fraktion beschlossen.

Die weitere Beratung und die Beschlussfassung werden somit auf die Sitzungen des Kreisausschusses am 23.03.2026 und des Kreistages am 25.03.2026 vertagt.

**Punkt 7 Bundesprogramm Demokratie leben! - Partnerschaft für Demokratie Kreis Unna;
BE: Dezernent Holger Gutzeit**

Herr Gutzeit erläutert, dass das Bundesprogramm „Demokratie leben“ im Kreis Unna bereits umgesetzt werde. Ziel sei es, das Programm in diesem Ausschuss vorzustellen und über die Inhalte zu informieren.

Frau Altundal-Köse berichtet anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) zum Bundesprogramm Demokratie leben! - Partnerschaft für Demokratie Kreis Unna.

Herr Krusel erläutert, dass er die Demokratiekonferenz im Dezember 2025 besucht habe und von der hohen Teilnehmerzahl beeindruckt gewesen sei.

Herr Rotthowe bedankt sich für den Vortrag und hebt die positiven Rückmeldungen zur Veranstaltung und zur Arbeit der Beteiligten hervor. Er betont die Bedeutung von Demokratiebildung und Demokratieförderung, insbesondere bei jungen Menschen, um einem Abdriften in rechtsautoritäre Strukturen entgegenzuwirken.

Herr Knaack bedankt sich für die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. Er fragt an, welche Maßnahmen gegen Islamismus, islamischen Extremismus und Linksextremismus ergriffen würden. Zudem weist er darauf hin, dass die höchste Anzahl von extremistischen Gefährdungen in Nordrhein-Westfalen aus dem islamistischen Bereich stamme. Er erkundigt sich, welche Maßnahmen in diesem Zusammenhang ergriffen würden.

Frau Altundal-Köse erklärt, dass das Multikulturelle Forum einer der Initiatoren im Rahmen des Programms „Wegweiser“ sei, welches Aufklärungsarbeit im Bereich der Islamismusprävention leiste. Sie hebt hervor, dass

bereits ein Partner für diese Arbeit zur Verfügung stehe. Zudem betont sie, dass das formale Integrationszentrum ebenfalls Maßnahmen gegen Extremismus und Menschenfeindlichkeit ergreife, die zielgerichtet seien. Sie führt aus, dass man sich die richtigen Akteure an die Seite hole und mit diesen inhaltlich, fachlich und thematisch zusammenarbeite.

Punkt 8 001/26 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Deutschen Roten Kreuz, Soziale Dienste Schwerte gGmbH, zur Übertragung der Durchführung des Rettungsdienstes im Kreis Unna

Erörterung

Herr Gutzeit berichtet, dass der Vertrag mit der Reinoldus Rettungsdienst gGmbH, der bis zum 31.12.2025 lief, einvernehmlich beendet wurde. In den Gesprächen sei die Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung priorisiert worden. In Zusammenarbeit mit einem Rechtsanwalt aus München sei die Deutsche Rote Kreuz, Soziale Dienste Schwerte gGmbH als leistungsstarker Partner gefunden worden. Die Besetzung der Rettungswagen sei in Kooperation mit dem Deutschen Roten Kreuz geregelt und entsprechende Verträge geschlossen worden. Eine reguläre Ausschreibung solle zum 01.07.2026 erfolgen, um die langfristige Zukunftsfähigkeit des Rettungsdienstes zu gewährleisten.

Herr Knaack erkundigt sich nach der Interessensbegründung der Reinoldus Rettungsdienst gGmbH sowie nach möglichen Alternativen.

Herr Krusel weist darauf hin, dass Vertragsangelegenheiten im öffentlichen Teil nicht detailliert besprochen werden können.

Herr Gutzeit ergänzt, dass die Frage der Vertragsverlängerung mit der Reinoldus Rettungsdienst gGmbH erörtert wurde und es zu keiner Einigung gekommen sei.

Herr Knaack fragt an, ob es günstigere Vorschläge, beispielsweise vom Deutschen Roten Kreuz, gegeben habe und verweist auf gestiegene Kosten im Vergleich zu früheren Jahren.

Herr Gutzeit bestätigt, dass die Kosten im Vergleich zu den Referenzzahlen aus den Jahren 2024 und 2025 gestiegen seien. Er betont jedoch, dass das vorrangige Ziel die Sicherstellung des Rettungsdienstes zum 01.01.2026 gewesen sei.

Frau Wohlgemuth äußert Bedauern über die Situation der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, betont jedoch, dass die einvernehmliche Beendigung des Vertrags mit der Reinoldus Rettungsdienst gGmbH notwendig gewesen sei, um eine neue Lösung zu finden. Sie hebt hervor, dass die Einvernehmlichkeit der Entscheidung dazu geführt habe, dass ein neuer Partner gefunden werden konnte.

Herr Rotthowe bedankt sich für die Sicherstellung des Rettungsdienstes ab dem 01.01.2026. Er betont, dass die Kosten zwar eine Rolle spielen, die öffentliche Daseinsvorsorge jedoch Vorrang habe. Er bittet um Bestätigung, dass die getroffenen Maßnahmen die Versorgung gewährleisten. Herr Rotthowe erläutert, dass ein reguläres Ausschreibungsverfahren durchgeführt werde, an dem sich alle interessierten Parteien beteiligen könnten. Er hebt hervor, dass sowohl die Reinoldus Rettungsdienst gGmbH als auch das Deutsche Rote Kreuz (DRK) sowie weitere Anbieter die Möglichkeit hätten, Angebote einzureichen. Ziel sei es, sicherzustellen, dass

das Verfahren ordnungsgemäß ablaufe und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht über Gebühr belastet würden.

Herr Gutzeit bestätigt diese Aussage und ergänzt, dass es sich um ein reguläres Ausschreibungsverfahren handeln werde. Er führt aus, dass die aktuelle Vergabeentscheidung im Zusammenhang mit einem dringenden Bedarf an einer Dienstleistung stehe, die im Interesse der rechtzeitigen Versorgung der Bevölkerung erforderlich sei. Er betont, dass die Dringlichkeit der Situation die Entscheidung beeinflusst habe, um sicherzustellen, dass die notwendige Dienstleistung, die potenziell Menschenleben retten könne, rechtzeitig bereitgestellt werde.

Herr Krusel erklärt, dass er von Herrn Gutzeit rechtzeitig über die Einzelheiten der Vertragsgestaltung informiert worden sei und betont, dass ihm die Entscheidung nicht leichtgefallen sei. Er unterstreicht, dass es in der aktuellen Situation darum gehe, die erforderliche Dienstleistung ab Januar sicherzustellen, um Menschenleben zu retten. Abschließend äußert er den Wunsch, dass alle Beteiligten die Möglichkeit erhalten, sich sachgerecht am Ausschreibungsverfahren zu beteiligen und Angebote abzugeben, die für die gesamte Vertragslaufzeit tragfähig seien.

Herr Krusel betont, dass Bürgerinnen und Bürger in der Einwohnerfragestunde, die den Sitzungen des Kreisausschusses und des Kreistages jeweils vorgeschaltet sei, die Möglichkeit hätten, Fragen zu stellen. Er ermutigt die Anwesenden, von diesem Recht Gebrauch zu machen, falls sie weitere Fragen oder Anliegen zu dem Thema hätten. Dies sei ein wichtiger Bestandteil des Verfahrens und biete Raum für Rückfragen und Klärungen.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Dem Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Kreis Unna und dem Deutschen Roten Kreuz, Soziale Dienste Schwerte gGmbH, zur Durchführung des Rettungsdienstes im Kreis Unna wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (2 Nein-Stimmen der AfD-Fraktion)

Punkt 9 002/26 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Stadt Unna über Rettungsdienstleistungen

Erörterung

Herr Gutzeit erläutert, dass es erforderlich sei, für den Bereich der Stadt Unna einen entsprechenden Vertrag abzuschließen. Dieser Vertrag schließe sich an die Beauftragung des Deutschen Roten Kreuzes an, welches als Dienstleister für die Rettungsdienstleistungen fungiere. Er weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine Ergänzung handele.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Dem Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Kreis Unna und der Stadt Unna zur Organisation und Durchführung des Rettungsdienstes im Kreis Unna und der Stadt Unna wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (2 Nein-Stimmen der AfD-Fraktion)

Punkt 10 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Punkt 10.1 Taxi- und Mietwagenverkehr

Herr Funke informiert, dass die Verwaltung, insbesondere der Fachbereich 36 - Straßenverkehr, der auch für den Taxi- und Mietwagenverkehr zuständig sei, die Anhebung des Mindestlohns zum Anlass genommen habe, einen neuen Tarif zu entwickeln. Er führt aus, dass man proaktiv auf den Verband zugegangen sei, um im Austausch einen Tarifvorschlag zu erarbeiten.

Herr Krusel bedankt sich für die Mitteilung und äußert, dass ihm die Initiative gut gefalle. Er hebt hervor, dass Taxiunternehmen derzeit mit erheblichen Problemen zu kämpfen hätten, insbesondere bei der Gewinnung von Personal und der Wirtschaftlichkeit des Betriebs. Er betont, dass ein funktionierender Taxiverkehr eine sinnvolle Ergänzung zum öffentlichen Personennahverkehr darstelle, insbesondere für Personen, die kein eigenes Auto besitzen oder keine andere Möglichkeit hätten, ihre Ziele zu erreichen.

Anlage

1. Bundesprogramm Demokratie leben! - Partnerschaft für Demokratie Kreis Unna; Präsentation zu TOP 7

gez. Sabrina Albert
Schriftführerin

gez. Herbert Krusel
Vorsitzender